

Geburtsstiftungen nicht mehr entsprechenden preußischen Vereinigungen sei bei der neueren Entwicklung des Vereinswesens vollkommen unbrauchbar und unbrauchbar. Sie würde in zahllosen Sälen umgegangen oder einfach ignoriert, und es würde zu den größten Verachtungen führen, wenn man versuchen sollte, sie ernstlich und förmlich zu handhaben.

Der deutsch-konservative Verein für den Wahlkreis Nürnberg-Altdorf hat folgende Resolution einstimmig angenommen: „Auf dem Boden des Parteiprogramms vom 8. Dezember 1882 hechend, erklärt der Verein, daß er mit einer neuzeitlichen Führung der Partei durch Herrn v. Hesseck nicht einverstanden ist, und erachtet die Parteileitung, falls ihr solche zugemessen wird, die entchieden abzuweisen. Der Verein erachtet in Polizeimafregeln, die auf militärische Beschränkung der Bürgerschaft hinzuwirken, als unzulässig. Der Verein sieht in dem Kampf für Religion, gute Sitte und gegen den Klerikalismus nur dann Vorteile, wenn die Reichsregierung ernstlich bestrebt ist, eine katholisch-konservative Politik zu treiben, zum Schutz der erwerbsfähigen Stände und zur Bekämpfung der das Volk ausbeutenden Elemente, insbesondere der Vorleute und des Jubelthums. Der Verein beschließt, diese Resolution der Parteileitung (zu Händen des Freiherrn v. Klenau) zu übertragen.“

Den Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages in Frankfurt a. M. über die Haltung der sozialdemokratischen bayerischen Landtagsabgeordneten, die für den bayerischen Staat gestimmt haben, sind folgende Einzelheiten zu entnehmen: Bebel und Genossen beantragen, daß bei den Gesamtstimmungen überall gegen das Budget gestimmt werde. v. Böllmar: Eigentlich, daß man gerade uns in Bayern den Vortritt machen, wir hätten das Verteilungsprinzip verletzt. Die Genossen wünschen im bayerischen Landtag nun seit Jahren genau dasselbe, es ist aber bisher noch keinem Parteigenossen eingefallen, irgend etwas dagegen einzuwenden. Ich muß bewerben, daß die Einzelabstimmungen sich hinsichtlich von dem deutschen Reichstage unterscheiden. Im Reichstage handelt es sich um große Prinzipienfragen, wie in den einzelnen Landtagen haben aber nur das zu abstimmen, was der Reichstag bestimmt hat. Es ist gezeigt worden, die Budgetbewilligung ist die schärfste Waffe. Ich gebe das zu. Allein gerade deshalb darf man sie nicht tagtäglich anwenden, sonst macht die Sache schließlich keinen Eindruck mehr. Wenn man um Gründe verlegen ist, so erklärt man die Sache für eine Prinzipienfrage. Die Einwände der Gegner kommen mir geradezu läudlich vor. Die Wahrung des Verteilungsprinzips liegt doch nicht in einer rohen Sklaverei und auch nicht in einer einzigen Handlung, sondern doch zweifellos in der Gewinn-Produktivität. Konsequent wäre es, überhaupt die Steuern zu verzögern. Man hat diesen Standpunkt aber längst als absurd aufgegeben. Die Budgetbewilligung ist für uns nur ein taktisches Kampfmittel, das je nach der Verhältnissituations wechselt. Die bayerischen Verhältnisse sind besonderer Art. Wenn Genossen von auswärtig kommen, dann glauben sie immer, uns die reine Heilsbotschaft zu bringen. Wenn der Vater die norddeutsche Weisheit nicht sofort versteht, dann heißt es viert: „Der dumme Vater“. Bayern ist aber ein Bauernland, unsere Leute sind keine geschulten Politiker. Es könnte ja einmal die Zeit kommen, wo das Nordland so stark scheinen wird, daß auch in dieser Beziehung eine Änderung eintreten wird. Unsere Taktik hat der bayerische Vater sehr verständlich gefunden. Es mag ja schwer sein, unter Berücksichtung zu verstehen. Ich bin beantragt, hier zu erklären: Es wäre ein sehr schlechter Anfang für unsere Landtagswahl, wenn wir anstatt mit dem Studium der Eigenart, mit einem Schablonieren vorgehen wollten. Die geforderte Einheitlichkeit erscheint uns als ein Ausdruck des altvorarländischen Verteilungstodes, der nicht genug Einheitlichkeit schaffen konnte. Das in Bayern verbotene Preisenkumbl sollte in der Partei nicht zum Ausdruck kommen. Ich bin für Einheitlichkeit der Sache im Prinzip, allein ein solches liegt nicht vor. Ich war erstaunt, daß ein Antrag gestellt worden ist, dessen Sache Bebel ist und für den die Partei-Negierung Stimmen gesungen hat. (Auff.: Wo?) Nachdem Sie uns doch nichts vor, wir kennen das ja, die Parteileute haben ja den Antrag selbst zur Unterschrift heruntergetragen. (Herrn Leitl.) Man hat wieder einmal einen Streit, der im Interesse der Partei besser unterblieben wäre, vom Sache gebrochen. (Widerstreit.) Ich behaupte: die Sache ist hier hinsichtlich auf's Papier gebracht worden. Verlangen wir denn, daß Sie sich nach uns richten sollen? Stehen wir denn immer mit dem Rechtshand? Es ist nicht möglich, daß wir ebenso mit dem Rechtshand und trittlich die übrigen Parteigenossen? Die Verteilung ist eine Prinzipielle Resolution enthalten in ihrem ersten Theil nur Gemeinplätze. Das, was wir uns schon längst an den Schablonen abgelaufen haben, wird nun plötzlich für neueste Weisheit ausgegeben. Bebel ruft: „Alte Weisheit!“ Was in alter Welt veranlaßt Sie, sich in dieser Weise an Bayern zu richten? Früher hielt es, auf Bayern müssen wir verzichten, das ist uns nicht zugänglich. Nun, wir haben den Beweis gelesen, daß es für uns sehr zugänglich ist. Wir werden stets zwei zur Partei im Reiche stehen, aber in unserem eigenen Lande lassen wir uns die Kreise nicht tören. (Theatraler, lebhafter Beifall.) — Bebel: Es ist falsch, wenn Böllmar sagt, die Zustimmung zum Budget sei eine reine Frage der Zweckmäßigkeit. Wir sagen Ihnen ja gar nicht an, jein Rechtshand hat nur den Antrag gegeben, daß wir die Frage einmal prinzipiell behandeln. Es handelt sich gar nicht bloß um Bayern, sondern um die Landtage, in denen eben Genossen sitzen, und um die Länder, die wir später noch erobern können. z. B. Württemberg oder gar Preußen. Nun denken Sie sich einmal den Standpunkt, wenn z. B. ein Genosse im preußischen Abgeordnetenhaus für den Staat stimmen würde. Wie würde man über den Mann herfallen! Was aber für Preußen gilt, das gilt auch für Bayern. Wenn Böllmar sagt: die Verhältnisse in Bayern seien eigenartig, so bestätne ich das darauf, daß nur die Verhältnisse südlich der Donau anders sind. Auch heraus kommt: bei Böllmar und Genossen handelt es sich nur um Bayern- und Stimmenwähler. Wir haben auch in Pommern und Schleswig-Holstein Bayern und wir haben, um ihrer Unmöglichkeit Rücksicht zu tun, keine Widerstand gebracht, sondern sind unserer Taktik gefolgt. Was es mir gescheidet? Und selbst wenn es geschadet hätte, so steht unter Prinzip doch höher als die Rücksicht auf den Erfolg. Zustimmung zum Budget ist immer ein Vertrauensvotum zur Regierung, und in welchem Staat können wir jetzt ein Vertrauensvotum abgeben? Wenn wir bei unserem Verhalten immer fragen müßten, wie der ungebilligte Theil über uns steht, so kommen wir in dasselbe charakterlose Rahmen wie die Nationalliberalen. (Sehr wahr!) Lieber Böllmar, wenn Ihr in Altbayern schwer zu arbeiten habt, so fragt doch nur bei uns an, was wir in Hinterpommern zu arbeiten haben. Das Prinzip muss zeigen, nicht die Opportunität, und deshalb bitte ich Sie, nehmen Sie unseren Antrag an. (Beifall.) Ernold-Brandenburg: Genau Böllmar beweise ich, daß ich mich auch den Bebel nicht fördern lasse, ich schenke mir, immer eine eigene Meinung gehobt zu haben. Über die Sache braucht man nicht viel zu sagen, da ich mich nicht unterlasse, besser zu reden, als Bebel. Man soll nie verschleiern, wie die Münchner thun. Ich konnte in der letzten Wahl mehr Stimmen bekommen und ich wäre Reichstagsabgeordneter geworden — es fehlten mir ja nur 75 Stimmen —, wenn ich mich nicht zur republikanischen Regierungsumformung bekannt hätte. Aber ich blieb bei meinem Programme, denn es kommt nicht darauf an, Stimmen zu sammeln, sondern möglichst viel überzeugende Sozialdemokratie heranzuziehen. Wenn nun Böllmar mit einer Spaltung droht ... (Unruhe, Klage des Präsidenten.) Cho-Ruse: Singer: v. Böllmar hat nicht von Spaltung gesprochen. Ernold (vertretend): Das lag aber in seinen Worten, er hat gesprochen, die Sache nicht auf die Spalte zu treiben. (Cho: Nicht wahr!) Unsere Freunde und Freunde, wir haben die Gegner gejagt, Bebel sei ruhig und zurück. (Auff.: Achtet auf Bebel!) v. Böllmar als Parteipartei, heute aber ist Böllmar als Parteipartei aufgetreten. Parteipartei, heute soll ich Böllmar nicht gejagt, sondern (Unruhe.) Singer stellt fest, daß v. Böllmar nicht gejagt, sondern nur gewarnt hat. Grillenberger bittet um längere Redezeit, die ihm von den Delegaten bemüht wird. In den Parteiverhandlungen, wo unsere Delegaten gewählt wurden, war man einstimmig dagegen, daß wir uns von dem Reichstage eine Schablone aufzwingen lassen sollten. Ich gebe zu, daß Bebel heute viel zarter war, als bei früheren Gelegenheiten, aber er hat die alte Kunst des Verhandelns gut geübt und uns auf der einen Seite gelegt, um uns doch schärfer den Hieb zu versetzen. Unsere Haltung war praktisch revolutionär. Bebel hat doch auch für die Kolonie Schlesien gekämpft im bayerischen Landtag, da haben wir ihm aber nicht dreingeredet. Unsere Freunde südländischen Genossen haben sich auch einmal gedrückt, als es sich um die Kolonie handelte, warum haben sie denn nicht dagegen gestimmt? (Auff.: Das ist nicht wahr!) Aber, lieber Singer, es dürfte Dir immer fallen, daß zu beweisen. Bebel hat es auch ausgegeben, daß sich in seinen Ansichten gewandelt hat, warum will er uns denn nicht auch Zeit lassen und wir brauchen doch auch mehr Zeit, als die Sachen, weil wir ein zurückgebüschtes Volk sind. (Herrn Leitl.) Mit dem Antrag Bebel geben Sie uns gebundene Marchroute. Sie binden uns und binden uns, uns auf einen verdeckten Standpunkt zu stellen. (Singer: Die Antragsteller sind nicht berückt.) Das habe ich nicht gesagt. Aber Sie bringen uns in

die verdeckte Lage, verdeckte Dinge zu tun. (Herrn Leitl.) Der Vorsitz des Bauramengen genügt uns nicht, einen schwächeren Ausdruck will ich nicht gebrauchen. Ich zieheholes, daß wir in Bayern alle einig sind. Ich betrete auf das Entscheidende, daß die Zustimmung zum Finanzgesetz ein Vertrauensvotum sei. Wenn die fünf Männer in Bayern im Landtag gegen das Budget stimmen, so ist das nur ein Lusttrieb, und für Gottsiede ist unsere Zeit zu end. Der Antrag (Bebel) will, daß wir gewissermaßen als dumme Jungen nach München gehen sollen. Denken Sie den Fall, wie stimmen doch nächste Woche gegen das Finanzgesetz, weil wir dem Frankfurter Parteitag gehorchen wollten. Würden dann unsere Ultramontanen nicht sagen, die Preußen hätten uns bestimmt, zu gebrochen? Bebel ist übrigens durch die gesamtmilitärische Presse viel zu nerdy geworden. Auch hat er seine Unkenntnis bewiesen über bayerische Dinge. Bebel will, daß wir uns beugen. Wir wünschen aber eine Verständigung, damit unsere Brüder uns dann vorwärts haben. Es ist ja ganz gut, daß immer einer auf dem Qui vive steht und über das Prinzip wacht, es geht aber doch nach Bebel's Art zu weit. Auch wird es bald langweilig, wenn er immer von „Verzungung“ spricht. Voriges Jahr hiess Verzungung: der Antrag des Frankfurter Hochstifts und jetzt heißt Verzungung: die Münchner Abstimmung. Unverständlich ist mir auch, wenn Bebel kostet, daß viele Sozialdemokraten in den preußischen Landtag kommen. Bittet er etwa mit dem Dreiklassenwahlrecht? (Auff.: Auch Verzungung!) Wir bitten nicht um Verzungung; denn wir haben recht gelassen. Wir bitten auch nicht um Entschuldigung, wir halten auch keine feine Reden. Wir wollen nicht, daß man von uns verlangt, wir hören nicht zu. Es liegt in Ihrer Hand, zu verhindern, daß die Erbitterung in Bayern noch größer wird, als sie heute schon ist. Wir wollen, daß man den Parteigenossen in den einzelnen Landtagen eine ehrliche Wahlrede lasse.

Der vierzehnte Spruch der Disziplinarlammer gegen den selben Kanaler von Kamerun, Herrn Leitl, weckt die Erinnerung an die Entscheidung desselben Reichshofes wider den vormaligen Gesandten Preußens am weltpolitischen Hofe, Grafen Limburg-Strütz. Dieser Diplomat hatte als Autor der konservativen Seiner Überzeugung von der Güte der neuen Handelsvertragspolitik für alle Kreise der produktiven Stände nicht nur im Parlament, sondern auch in der Presse Ausdruck gegeben. Deshalb machte man ihm den Vorwurf, wegen schwerer publizistischer Angriffe auf die Regierung, und am 6. Februar 1882 wurde die Potsdamer Disziplinarlammer über ihn das Urteil, das an Dienstentlassung ohne Pension lautete. Herrn Leitl, deinen Amtsauführung von dem Vertreter des Anklagebehörde, einem Mitglied des Auswärtigen Amtes, in schädlicher Weise gekennzeichnet wurde und den sich noch dem allgemeinen Rechtsbewußtsein sogar gegen gewisse äußerst peinliche Bestimmungen des bürgerlichen Strafrechts schwer vergangen hat, distanzierte der Reichshof eine Sühne, die ihm 9000 M. des jährlichen Gehalts und Rang und Titel unvergütet lässt. Am 11. April 1882 bestätigte der Kaiser das Urteil gegen den Grafen Limburg-Strütz, wenngleich die gegen den früheren Gefänden erfolgte Strafe der Dienstentlassung im Gnadenstratos aufgehoben wurde. Es liegt in der That nahe, zwischen diesen beiden Entscheidungen der nämlichen Nummer einen Vergleich zu ziehen.

In einem Eingesandt der „Kreuzzeitung“ über die Sittlichkeit der deutschen Beamten in den Schutzgebieten heißt es unter Anderem:

Was uns auf's Tiefstbett betrübt und empört, ist die laxe, gleichgültige Weise, in welcher sich der Angeklagte und sein Vertheidiger über die groben öffentlichen Vergelassungen gegen die Sittlichkeit geäußert haben, die der Cicerone in Kamerun — nicht mit Würden, sondern mit Frauen — begangen hat, noch mehr aber dies, daß der Reichshof selbst sich diesen Anschauungen angeknüpft und eine Unstiftlichkeit weder als verwerthlich gebrandmarkt, noch in der Strafbemessung als verächtlich berücksichtigt hat. Waren ja Frauen nicht Handwerker gewesen, welche unter den Amtsgebiets des Kanzlers standen, so wäre der selbe ancheinend gänzlich weggeworfen worden. Ist es denn wirklich die Anschauung der Richter oder gar diejenige der jährenden Rechte unseres christlich-deutschen Volkes, daß eine solche öffentliche Verlehrung der Sittlichkeit und Zucht sich mit der Weise eines deutschen Mannes, ja eines hohen deutschen Beamten verträgt? Wie wissen wohl, daß die Handlungweise des Angeklagten den sittlichen Anschauungen entspricht, die unter den Regen Kameruns wie fast bei allen Heidenvölkern unterliegen. Aber wir meinen, daß das Deutsche Reich keine Beamten binauswendet, nicht damit sie sich den sittlichen Anschauungen der rohen lutherischen Negativvölker annehmen, auch selbst so, wo es in den sittlichen Sumpf hineingeholt, sondern um sie auf die Höhe christlicher, deutscher Lebensanschauung zu erheben. Wir wissen auch, daß die Handlungweise des Herrn Leitl berechtigen der meisten Europäer, die in den Tropen leben, ähnlich ist. Selbst eine unsichtbare Weise der Gastfreundschaft, die er dem Marineoffizier geboten hat und die von diesem angenommen ist, ist dort nichts Aufschöpfendes oder Ungerührbares. Aber wir wissen auch dies, daß jenseits sittenlose Leben der Weisen unter den tropischen Völkern ungeheuren Schaden antreibt und das Hauptbedenken ist, daß die Naturvölker durch den Beifall mit den Weisen nicht mehr gehoben und verehrt werden. Der Leitl steht zugleich in die heimischen Gesellschaftskreise zurück. In welcher Form soll ein ehrbar deutscher Familienvater ihm die Ehre in seinem Familienkreis öffnen? Wie soll vollauf eine züchtige deutsche Hausfrau, eine sittsame deutsche Jungfrau ihm begegnen? Sie sind ja zweitlos unter den Männern, die in unseren Familien verkehren, manche, die in sittlicher Beziehung nicht unanständig leben oder über sittliche Dinge leicht denken, aber in diesem Falle ist der gewöhnliche Platz übersteiten, und die Unstiftlichkeit ist vor der ganzen Welt offenkundig geworden.

Das Kielner Schwurgericht verurteilte den Dienstmeister Ehlers wegen Erwirkung seiner Geliebten, Emilie Horsts, zum Tode. Wie kurz erwähnt, wurde in Köln gegen den Verleger der „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ Kielner und Redakteur Kielner-Nürnberg wegen Beleidigung des Staatssekretärs Marckhall durch die Behauptung, Marckhall habe die bekannten Artikel gegen Arbeiter, Bäcker und Holstein in den „Allgemeinen Anzeiger“ verfasst. Der Gerichtsbeamte vertheidigte, in einer neuen, auf den 20. November anberaumten Verhandlung Staatssekretär Marckhall persönlich als Zeugen zu vernehmen. Die weiteren von der Vertheidigung vorgetragenen Zeugen, darunter Captivi, Generalmajor Spitz, Abgeordneter Eugen Richter, Allgemeiner Verleger Hoffmann und Redakteur Böltz, sollen in Berlin vernommen werden. Bei der Verhandlung erklärte der Staatsanwalt, er könne schon jetzt erklären, daß Marckhall in dem „Allgemeinen Anzeiger“ in seiner Verbindung steht und dies zeugnisch befunden wolle.

Der ehemalige Deutit Graf Hoensbroch bewirkt sich, wie die „Danz. Zeit.“ erzählt, um eine Stellung im Staatsdienst. Er hatte vor dem Eintritt in den Deutitorden auf sein berufliches Vermögen zu Gunsten seiner Familie resp. der Kirche Beiziehung gebracht, sodoch er jetzt genötigt ist, sich eine neue Existenz zu gründen.

Am 18. Oktober plötzlich am Herzschlag gestorbenen preußischen Landtagsabgeordnete Philipps von Bismarck-Knieschhof war nicht ein Großvater, sondern ein Sohn des jüngsten Bismarck, einer der Söhne seines am 7. Mai 1882 verstorbenen Bruders Bernhard, des früheren langjährigen Landrats des Kreises Naugard in Pommern.

Frankreich. Ein dreizehnjähriger Knabe Namens Marius Marius Willard in Lyon, der seit einiger Zeit in der Glassfabrik Messmer arbeitet, wurde von seinem Kameraden, dem 14 Jahre alten Charles Autouze, erwürgt und seines Lohnes im Betrage von 50 Francen beraubt. Der junge Mörder leugnete Anfangs. Doch als ihm der Unterkutschungrichter den in seiner Behandlung vorgebrachten Geldbeutel Willard's zeigte, gestand er sein Verbrechen.

Italien. Die italienische Sozialdemokratie erscheint durch das gleichzeitig und auf der ganzen Front erzielte beherrschende Einheitsrecht gegen ihre Organisationen, für den Augenblick wenigstens, vollständig lahm gelegt.

Nach Berichten der Proletären, die vor dem Amtsgericht Dona v. Bülows verhandelt werden, ist die Verhinderung ihrer Amtseröffnung, die von den italienischen Sozialdemokraten das verlorene öffentliche Terrain zurückgewonnen hatten, erscheint so lange ausgeschlossen, als die Regierung seit gestern nicht mehr jüngst das das Gesetz von Federmann ohne Unterschied, also auch von den Militärs, respektiert wird. So genötigt es ist, daß zahlreichen Bevölkerungselementen das Vermögen, etwas Gegenwertiges zu thun, wenn sie sozialdemokratische Organisationen betreiben, gänzlich abhanden kommt, wenn sie leben. So ist es auch, daß die schärfste Auswirkung der Regel des Gesetzes, die Umsatzverboten gegenüber schon an und für sich zu verhindern, gegen degamologische Versicherungsbüros reagiert.

Die Gesamtzahl der aufgelösten Vereine beträgt 271, die insgesamt der Partei der italienischen Arbeiter angehören und sich zu dem Programm bekennen, das den Beziehungen des Kongresses in Straßburg (Emilia) entspricht und ausdrücklich befiehlt, daß auf dem Basis des internationalen Klosterkomplexes steht, auf der Notwendigkeit einer illegalen Aktion besteht uns als Grundzustand, daß die Haltung der Partei nach Weis und That eine revolutionäre sein müsse. Es ist festgestellt, daß bei der Auflösung der genannten Gesellschaften keine Verhaftung notwendig war, außer in Rom, wo 5 Individuen wegen Delikten auf Galero und die Anarchie verhaftet wurden. — In Mailand ist ein mit 84 Unterstrichen verbundener Planjet veröffentlicht worden, in dem gegen die Auflösung protestiert und die Gründung einer italienischen Liga zur Verhinderung der Freiheit angefordert wird. Unter den Unterzeichnern des Manifestes befinden sich 8 Deputierte der Republikanischen Partei und 100 Anhänger. — In Cremona kam es in der Sitzung des Provinzialrats zu stürmischen Auseinandersetzungen, die durch sozialdemokratische Mitglieder der Versammlung beworben wurden, die unterstüzt durch zahlreiche Parteigenossen auf den Tribünen, den Professoren wegen der Verfügung betreutes Ausführung der sozialdemokratischen Vereine bestreiteten. Die Sitzung wurde unter allgemeinem tumult geschlossen.

Belgien. Die neu gewählten 33 sozialdemokratischen Abgeordneten beschließen, beim Eintritt in die Kammer eine revolutionäre Erklärung abzugeben.

England. Aus London berichtet das „Berliner Tageblatt“ über eine dort stattgehabte Versammlung von mehreren tausend fremden Juden, welche der aus Rückland vertriebene Rabbiner Schwarcz zu Gebeten für den Zar aufgerufen. Als Protektor erklärte, erklärte der Redner, die Religion verlange, auch für die Bevölkerung zu beten, der Zar sei nur ein Werkzeug der Bevölkerung. Man solle auch bedenken, daß der Zar trotz Millionen von Glaubensgenossen Schutz gewähre. Vielleicht würde die dem Kaiser auferlegte Peinigung, wenn er geneigt, diesen zur Milderung.

Rußland. Das Mittwoch Abend 8 Uhr ausgegebene Bulletin über die Ansichten des Kaisers lautet: Im Laufe des Tages zeigte sich seine Schläfrigkeit. Der Appell und das Selbstgefühl sind besser. Das Leben an den Zügen hat sich etwas verändert. — Am Sonntag den 21. Oktober nahm der Zar die beiden Säume. — Die legten bei der Berliner russischen Gesellschaft ein gegenseitiges Nachrufen, lassen eine Veränderung im Verhältnis des Czaren und die legendebedeckte leichte Veränderung nicht erkennen. — Der Russisch-Korrespondent des British Medical Journal telegraphirt aus Livadia: Der Zar erhält eine große Erleichterung durch Punktion der Beine (Wasserabsaugung), welche das Leben (Auswurfung) verhindert. Es werden Verbesserungen zu der Operation, welche Thoracocentesis heißt, getroffen. Die Operation besteht in der künstlichen Eröffnung der Brusthöhle, um widerichtig angekommtes Blut oder Exsudat daraus zu entfernen. Durch diese Operation wird zweitens die Atmung erleichtert und die Herzthätigkeit gehoben werden. Eine zeitweise Unterbrechung wird durch Sauerstoff-Inhalation erreicht werden, die die Herzthätigkeit leicht hält. Der Zar erfreute sich mehrere Stunden lang vollen Bewußtheit und in durch die temporären Verbesserungen sehr ermutigt; aber seine Krankheit selbst zeigt im weiteren Verlauf zu keiner leicht nach Tagen oder Wochen bestimmen. Außerdem, daß beim Czaren Convulsione und Tremores der Verdachtskriterien eingetreten sind: Dies sind Symptome der Kraze, und sie entsprechen einem der leichten und gefährlichen Stadien der Krankheit, an welcher der Zar leidet. Neben diesen und plötzlichen Veränderungen sind dabei die Herzerkrankungen und die Brust ausgedehnt. Diese Komplikationen sind durch die Herzthätigkeit gehoben werden. Durch die Sauerstoff-Inhalationen erreicht werden, die die Herzthätigkeit erhöhen. Die weitere Verlauf der Krankheit läßt sich nicht leicht nach Tagen oder Wochen bestimmen. Allerdings könne die Krebskrankheit selbst nur einen, nämlich tödlichen Ausgang haben. Alle Gerüchte über Krebs oder Verzerrungen bei dem Czaren sind grundlos, über die wahre Natur der Krankheit berichtet kein Zweifel, obwohl man gehört hat, daß sie vorzeitig aufzuhalten zu können, daß beim Czaren noch einige Jahre verbleiben. Diese Hoffnung ist jetzt vernichtet. — Nach der Kölner „A. B.“ weiß der Czar bereits seit einiger Zeit, daß nach menschlicher Berechnung für ihn keine Rettung mehr vorhanden ist. Er nahm die ihm auf sein bestimmtes Verlangen von den Ärzten gemachte Erklärung mit einem Mannesmund entgegen und bewohnt fortgesetzt seine volle Kugel und sein ergebnungsloses Gottvertrauen. Davon zeugt auch folgende sicher verbriefte Auskunft, die der Czar wenige Tage später machte: „Es ist trübend“, sagte Alexander III., „wenn man in meinen Jahren in den Tod gehen soll, wenn ich persönlich auch nicht so sehr auf mein Leben hänge. Sollte aber Gott der Herr mein Leben noch für mein theures Russland für nützlich erachten, so wird er mich geründ machen, wie er mich eheleben bei Gott errettet hat.“ Vom Kaiser selbst gingen dann die endgültigen Befehle aus, die nach seinem Hinscheiden wichtige Thronfolgerfrage sofort zu regeln, und desgleichen der Winkel, noch die Brust seines Sohnes verordnet legen zu können.

Nach dem „C. A.“ weigert sich die Prinzessin Alix beharrlich, ihren bisherigen Glauben nach dem vorchristlichen Gnostizismus zu verlieren. Sie hat dies dem Kaiser Friedrich und der Königin Victoria von England nach ihrer Verlobung erklärt. Das ruhige Volk und die orthodoxe Kirche erkennen sie jedoch ohne Bedenken auch als Rechtgläubige an. Der Czar sucht gegenwärtig noch zu vermitteln.

Revolutionäre Elemente benutzen die Auseinandersetzung des Volkes über die Krankheit des Czaren zu Agitationen. In den letzten Tagen wurde durch die Petersburger Stadtpost ein Flugblatt verhandelt, in welchem das russische Volk angeworben wird, die im nächsten